

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 22. September 2022

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf
Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Preise runter – Löhne rauf“**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Preise runter – Löhne rauf“

Seit Monaten überrollt eine beispiellose Teuerungswelle unser Land. Die Preise steigen ohne Ende und internationale Konzerne streichen Rekordgewinne ein. Das Land Burgenland hat jene Schritte gegen die Preistreiberei gesetzt, die in seiner Macht liegen, beispielsweise ist es mit den vorgezogenen Preiserhöhungen der Energie Allianz nicht mitgezogen. Auch durch die Erhöhung des Heizkostenzuschusses auf 700 Euro und Einführung eines Anti-Teuerungsbonus, in der Höhe von zwischen 400 bis 700 Euro konnte das Land Burgenland in seinem Bereich wirksame, zielgerichtete und sozial-gerechte Maßnahmen gegen die Teuerung setzen. Darüber hinaus ist auch eine entsprechende Gegenfinanzierung durch den Klima- und Sozialfonds gewährleistet. Seitens der Bundesregierung wird hingegen mit dem Gießkannenprinzip 500 Euro auch an die MillionärInnen und BesserverdienerInnen im Land verteilt. Die Bundespolitik muss endlich handeln und kann nicht weiter tatenlos zusehen, wie das Leben für viele in Österreich unleistbar wird.

Die Kosten für das Wohnen stiegen im August durchschnittlich um 13,8 Prozent, merklich kräftiger als im Juli. Damit erwies sich dieser Ausgabenbereich als wichtigster Treiber der Inflation im Jahresabstand. Das Preisniveau des Mikrowarenkorbs, der überwiegend Nahrungsmittel, aber auch Tageszeitungen oder den Kaffee im Kaffeehaus enthält und den täglichen Einkauf repräsentiert, stieg im Jahresabstand um 11,2 Prozent (Juli: +10,4 Prozent). Immer mehr ArbeitnehmerInnen sind akut armutsgefährdet und können von ihren Gehältern die aufgrund der hohen Inflation zusätzlich steigenden Lebenserhaltungskosten nicht mehr decken. Der beste Schutz gegen Armut trotz Arbeit ist ein fairer Mindestlohn von 1.700 Euro netto. Die Bundesregierung ist daher gefordert Rahmenbedingungen zu schaffen um den Mindestlohn von 1.700 Euro netto, wie im Burgenland, auch in der Privatwirtschaft zu ermöglichen.

Aktuell forderte auch der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) mit seiner bundesweiten Demonstration „Preise runter“ einen Energiepreisdeckel bei Strom und Gas, eine Übergewinnsteuer sowie eine vorübergehende Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel. Damit die Steuersenkungen an die Konsumenten weitergegeben werden, soll eine Anti-Teuerungs-Kommission gewährleisten. Spanien und Portugal haben zB den Strompreis bis Mai 2023 gedeckelt und dafür auch die Genehmigung der EU-Kommission erhalten. Auch unser Nachbarland Ungarn kann einen Spritpreis deutlich unter 1,50 Euro gewährleisten. Leider hat unsere Bundesregierung bis dato keine strukturellen Maßnahmen gegen diese Teuerungswelle umgesetzt, sondern die Verantwortung auf die Bevölkerung übertragen. Wieso können Länder wie Spanien und Portugal, die sozialdemokratisch regiert werden, einen Strompreisdeckel einführen, jedoch Österreich nicht? Da ein Strompreisdeckel Bundeskompetenz ist und somit nur durch ein Bundesgesetz eingeführt werden kann, steht hier eindeutig die Bundesregierung in der Pflicht.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- einen befristeten Spritpreisdeckel bei 1,50 Euro;
- einen Energiepreisdeckel im ganzen Bundesgebiet einführen;
- einen Preisdeckel für Grundnahrungsmittel umsetzen;
- Rahmenbedingungen schaffen, um den Mindestlohn von 1.700 Euro netto auch in der Privatwirtschaft zu ermöglichen.